

Verbilligen, verbilligen, verb... ?

Am vergangenen Dienstag wurde im Grossen Rat zu Aarau wieder einmal das traditionelle Schauspiel zum Thema Prämienverbilligung geboten. Normalerweise ist das im Dezember, diesmal war ein Urteil des Bundesgerichtes dazwischen gekommen.

Beim Kanton realisierte man, dass auch im Aargau die Verbilligung in der Vergangenheit zu knausrig ausgefallen war. Die Neuberechnung dauerte Monate. Aus «linker» Sicht fehlen 80 Millionen, damit dem Gesetz

*Severin Lüscher, Schöftland
Grossrat Grüne*

Genüge getan wäre. Das übliche Ritual, dass die Linke mehr, die Rechte weniger als die Regierung forderte und die Regierung sich am Ende durchsetzte, wäre nicht der Rede wert, ginge es nicht um richtig viel Geld.

Gleichzeitig wollten bürgerliche Kreise den Abzug für Krankenkassenprämien bei der Staatssteuer dem Prämienanstieg seit 2003 anpassen, was Kanton und Gemeinden je über 80 Millionen Franken weniger Steuereinnahmen bescheren würde. Unterm Strich wollen also die einen beim Staat genau die 80 Millionen abzwacken, welche die anderen für eine wirklich angemessene Prämienverbilligung ausschütten möchten. Umverteilung in beiden Fällen – von oben



nach unten oder von oben nach oben...

Wir sind aber noch nicht fertig. Fast ein Viertel aller Aargauerinnen und Aargauer erhalten Prämienverbil-

billigung. Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen und von Sozialhilfe sind dabei gesetzt und beanspruchen jedes Jahr mehr, so dass für diejenigen, welche sich finanziell knapp auf eigenen Beinen halten, im Verhältnis immer weniger übrigbleibt. Wenn etwas schiefeht, droht die Schuldenspirale anzulaufen. Die weit über 10'000 Prämienausstände, die auch von Jahr zu Jahr ansteigen, zeugen davon. Und dann haben wir noch eine Schwarze Liste für «säumige Prämienzahler», die viel administrativen Aufwand verursacht und keine messbare abschreckende Wirkung entfaltet. Da scheint guter Rat wirklich teuer!

Woher kommt es denn, dass wir mit solch gigantischen Beträgen jonglieren müssen? Genau: Die Prämien (und deren Verbilligung) von heute sind die bezogenen Leistungen von gestern! Aus Wynentaler Sicht: Bei Unwohlsein zuerst mal Kräutertee aus dem Garten; wenn das nicht hilft, aus der Apotheke ein rezeptfreies Medikament; dann zum Doktor in Oberkulm, zur Ärztin in Menziken oder Gontenschwil, die mehr als 90 Prozent aller Gesundheitsstörungen zielgerichtet, unkompliziert und kos-

tengünstig abschliessend behandeln; wenn das Bauchweh trotzdem zunimmt, wird der Blinddarm in Menziken ebenso sicher und schonend, aber billiger als im Kantonsspital rausoperiert, wenn die Blase drückt ist der Urologe in Reinach viel erfahrener und darum schneller beim Wesentlichen als die Jungakademiker in Aarau. Und wenn's dann bodenbös kommt, dann sind wir gottentfroh, dass das KSA genügend Platz und Kapazität für die wirklich schwierigen Fälle hat.

Hielten wir uns alle an dieses sehr sinnvolle Schema, würden wir richtig Geld sparen: Die Versicherten in Hausarztmodellen im Kanton Aargau, die sich zur Selbstverantwortung und zur Erstkonsultation beim Hausarzt verpflichten, kosten jedes Jahr 100 Millionen Franken weniger als die «Standardversicherten». Das wäre doch schon mal was!

Für die restlichen Kosten müssten wir uns wahrscheinlich vom System auf einer Linie zwischen asozialer Kopfprämie und einkommensabhängigem Steuersubstrat zu einem Drei- oder Vieleck hin bewegen, wo CO₂-Abgaben oder Verkehrssteuern teilweise für Gesundheitsleistungen eingesetzt würden. Denn der Strassenverkehr deckt beileibe seine verursachten Gesundheitsschäden nicht, und dieser Tage kann man von einem Schattenplätzchen aus gut beobachten, wie die Notfallstationen von Hitzeopfern überquellen. Ein bisschen über den Tellerrand hinausdenken schadet nicht, auch wenn man dabei ins Schwitzen kommt!